

Zu dem Verrat der Demokratie und der Liberalität
durch die amtierenden Demokraten
und
über das Elend
der theoretischen und praktischen Ökonomie

als Ursache des Mordens, des Hungers und der Fluchtbewegungen in der Welt

Beiträge in Form eines Blogs

> **Das Urteil** <

von

Tristan Abromeit

Abschluss April 2017

www.tristan-abromeit.de

Text 147.0.1

Anhänge

Text 147.1: „Bodenrechts- und Wirtschafts-Themen in einer Regionalzeitung“ aus
den Jahren 1969 und 1971 // Wirtschaftsredakteur der HAZ, Gerd Grope †
Leserbriefe (einer für die HP) von TA /
„Die zweitbeste Wirtschaft“, Gerd Grope †, 1970, Auszüge
Buchbesprechung dazu von Elimar Rosenbohm †

Text 147.2: „Buchgeldschöpfung und Bankenwirklichkeit“, Helmut Creutz, 1986
„Zur Buchgeldschöpfung der Geschäftsbanken“, E. Rosenbohm, 1986

Text 147.3 „Theoretische Grundlagen der bankgeschäftlichen Kreditgewährung /
Kritischer Beitrag zur Kreditschöpfungstheorie“ von Martin Scheytt, 1962

Text 147.4 Karl-Hermann Flach, Gedenkschrift, 1973

Text 147.5 Ernst Winkler, Die Währungsfrage als Rechtsproblem, zu „Die Wunderinsel Barataria“
von Silvio Gesell in Fragen der Freiheit in „Fragen der Freiheit“, Heft 129, Dez. 1977

Text 147.6 Die 58. Mündener Gespräche im Oktober 2016
Zur Geldnutzungsgebühr, Seigniorage und Goldene Regel der Kapitalakkumulation
(Beispiel interner Kommunikation)

Anhang im Anhang 6 von 6
Frankfurter Allgemeine Zeitung / Samstag, 29. August 1964 1 Nr. 200 /
Keine Sonderstellung der Banken in der Marktwirtschaft
Das kreditpolitische **Gutachten von Professor Stützel**

Zum Geleit: Worte von Johann Heinrich Pestalozzi

Edle, liebe Zeitgenossen und Brüder! Ich bin in meinen Achtzigjahren mit dem Gefühl in Eure Mitte getreten, es sei wahrscheinlich das letzte Mal, daß ich diese Versammlung besuche. Ich wollte deshalb von allem, was ich nach meinen Ansichten für das Vaterland zu wünschen notwendig und würdig fand, in dieser Stunde keine Worte verschweigen.

(Schlusswort von Pestalozzi in seiner Rede, die er als Präsident der helvetischen Gesellschaft am 26. April 1826 in Langenthal gehalten hat.)

Liebe ist das einzige, das ewige Fundament der Bildung unserer Natur zur Menschlichkeit. Der Irrtum war groß und die Täuschung unermesslich, daß man glaubte, ich suche die Ausbildung der Menschennatur durch einseitige Kopfbildung, ich suche sie durch die Einseitigkeit des Rechnens und der Mathematik, nein, ich suche sie durch die Allseitigkeit der Liebe -, ich suche Bildung zur Menschlichkeit, und diese entquillet nur durch die Liebe.

(Werke n. Buchenau, Bd. VII, 361)

Ich kenne die Wahrheit, die in mir liegt, durchaus nicht in ihrem wörtlichen Zusammenhang, und darum spreche ich sie auch bei aller Wärme, mit der ich sie an den Mann zu bringen suche, gewöhnlich so lückenvoll und unbestimmt aus, daß ich wirklich zu grauen Haaren kam, eh der größere Teil der Lesenden auch nur zu einer Ahnung gekommen, die Bruchstücke von Wahrheiten, die den Feuerworten, die ich darüber hinwerfe, zum Grund liegen, möchten doch wenigstens zum Teil einen möglichen Zusammenhang haben.

(Werke n. Buchenau, Bd. XVIII, 51)

Aus: **Pestalozzi der Rebell** von Bruno P. Schliephacke, 1960

Der Verfasser schreibt in seinem Nachwort:

Zum Schluß möchte ich nur wünschen, daß die Worte Pestalozzis nicht nur ins Ohr, sondern auch ins Herz gehen. Mehr wie je brauchen wir heute Menschen der großen Übersicht und darüber hinaus solche, die diesen die Hand zur Mitarbeit bieten. Meine Arbeit will nicht als ein bloßer Beitrag zur Pestalozziforschung gewertet werden, obwohl sie hier einem jahrzehntelang empfundenen Mangel abhilft, sondern sie soll die Gemüter meiner Zeitgenossen beunruhigen, sie erregen und erwärmen, daß sie sich am Geiste Pestalozzis entzünden und nicht ruhig werden, ehe wir nicht einen Schritt weiter gekommen sind zum inneren und äußeren Frieden, der solange gefährdet ist, solange die hier von Pestalozzi bereits aufgezeigten Fragen nur immer wieder feige umgangen und nicht gelöst werden. ...

Hamburg-Poppenbüttel, 1960 / B. P. S.

Die Vorbemerkungen

Es geht hier nicht darum, die Menschen die sich in der Politik, der Lehre und Forschung abmühen zu verurteilen, sondern darum, das Ergebnis des gemeinsamen Bemühens zu beurteilen. Ich weiß doch aus eigener Erfahrung, wie schwer, schwierig, kräfte- und zeitraubend auch für einfache Mitglieder die Parteilarbeit ist. Mir sind auch meine eigenen Schwächen bewusst und ich habe einen um so größeren Respekt vor den Fähigkeiten und den Einsatz der Menschen, die jeweils an ihrem Platz im Stillen oder an herausragender Stelle ihre Beiträge für unsere Gesellschaft leisten. Ich scheue mich allgemein davor, die Leistungen – schulischer, künstlerischer, rednerischer oder schriftlicher Art - anderer Menschen zu bewerten, weil ich immer in Sorge bin, ihnen nicht gerecht zu werden. Urteile im Sinne von Bewertungen wie sie täglich auf einem Markt mit ausgeprägtem Wettbewerb vorgenommen werden, finde ich am angenehmsten, demokratischsten und gerechtesten. Ich finde, wir sollten daher das Urteil des Marktes auf möglichst viele Lebensbereiche ausdehnen und nicht als Kommerzialisierung denunzieren. Da, wo die Rendite und nicht die Leistung im Vordergrund steht, sind Vorbehalte und Widerstand angebracht. Aus diesen Gründen ist die Förderung der Marktwirtschaft und der Kampf - mit dem Kopf und nicht mit der Faust – gegen den Kapitalismus angebracht. Da, wo der Mensch in antidemokratischen einseitigen Abhängigkeiten lebt, wird ausschließlich von den Oberen über die Unteren geurteilt. Soweit wir uns als Demokraten verstehen, haben wir nicht nur in Wahlen pauschale Urteile über die Herrschaft im Staat und durch die Wirkung gesellschaftlicher Strukturen abzugeben, sondern ständig, so dass der Wille zu Optimierung unsere Gesellschaft und im zwischenstaatlichen Verkehr nicht erlahmt. Wir lernen ja schon, dass sowohl im Bildungsbereich wie auch im Handel die Bewertung – und das ist ja ein Urteil – von unten nach oben, von den Lernenden über die Lehrenden, von den Kranken über die Heiler, von den Käufern über die Verkäufer eine wichtige Funktion hat. Diese Rückmeldungen sind nämlich ein Urteil über das Leistungs- oder Produktangebot einschließlich des respektvollen Umgangs mit den Menschen, denen das Angebot gemacht wird, so dass die Anbieter zum Ausbau, zum Umbau oder Stopp ihres Angebotes veranlasst oder sogar gezwungen werden. Streiks, Wahlenthaltungen, Demonstrationen, Hausbesetzungen, Krawalle, Terror, Bürgerkriege, Revolutionen und Völkerkriege und auch die Gründung neuer Parteien sind Urteile und zwar über Zustände der Ökonomie, des politischen Systems und über die Abwesenheit der Gerechtigkeit und Freiheit in und zwischen den Völkern. Für eine friedliche Entwicklung einer Gesellschaft ist es wichtig, Urteile über die eigene Gesellschaft schon auf der Stufe zu ermöglichen und zu fällen, wo sie

noch segensreich und nicht zerstörerisch wirken. Und genau darum will ich in einer Lebenssituation wo ich – statistisch gesehen – schon auf der Abrufliste des Sense-Mannes stehe, mich nicht vor einem Urteil über unsere Gesellschaft drücken. Unter **Quellen und Reflexionen** in dem Text 147.0.2 habe ich zusammengetragen, was mich zu meinem Urteil veranlasst hat. Ziel dieses Bürgerurteils ist nicht die Herabsetzung und Verleumdung, sondern deutlich zu machen, dass wir Menschen uns auch bei gutem Willen und ehrlichem Einsatz verrennen und Chaos und Unheil anrichten können. Der Hass und der Terror haben nach meiner Einsicht nicht die Ursache in einem bösen Willen, sondern in falschen Vorstellungen von Wirklichkeiten und Möglichkeiten. Und wer nun das gedankliche Verrennen bei mir verortet, sollte vorher wenigstens die Kerngedanken meines Urteilens durchdenken und diese sind ganz einfacher Art. Ich benutze dabei auch Meldungen der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ), die ich nicht als ausgesprochene Wächter der Demokratie und der Freiheit halte, aber als eine brauchbare Informationsquelle, wenn man sich nicht auf sie beschränkt.

Mein Urteil über das Land, dessen Bürger ich bin:

Es gibt in Deutschland genug, was wir als gut oder schön benennen können. Wir haben Grund darauf stolz zu sein, dass wir Deutsche sind, genauso wie unsere Nachbarn stolz sind, Dänen, Polen, Tschechen, Österreicher, Schweizer, Franzosen, Luxemburger, Belgier oder Niederländer zu sein.

Es gilt aber auch immer noch das Gedicht *Nachtgedanken* von Heinrich Heine, der in Frankreich im Exil lebte als er das Gedicht schrieb, der erster Vers ist ja zum geflügelten Wort geworden:

Denk ich an Deutschland in der Nacht,
Dann bin ich um den Schlaf gebracht,
Ich kann nicht mehr die Augen schließen,
Und meine heißen Tränen fließen.

<https://www.derweg.org/personen/werke/heineged/>

Wer sich heute diesen Vers zu eigen macht, hat aber andere Gründe als Heine im Jahr 1844. Man kann dabei an das Deutschland in der Zeit des Nationalsozialismus mit seinen Untaten denken. In diesen Tagen wurde ja wieder die „verordnete“ Erinnerungskultur zelebriert, die nach meiner Einschätzung einen Rechtsradikalismus eher fördert, weil sie die heute lebenden Juden, die nicht Opfer der Deutschen waren, überhöht und die Deutschen von heute, die kein Anteil an den Verbrechen der Nazis haben, mit der Schuld der Vorgängergenerationen eine Erbschuld auferlegt bekommen. Dabei wird die Schuld der Demokraten zwischen den beiden

Weltkriegen und der Sieger des Ersten Weltkrieges als Verursacher des Nationalsozialismus nicht mit einem Wort erwähnt.

Wenn mir das geflügelte Wort von Heine in den Sinn kommt, denke ich nicht an den Nationalsozialismus, sondern an die Versäumnisse meiner Generation, die in den Nationalsozialismus hineingeboren wurde, und das Deutschland (und hier schwerpunktmäßig an die alte BRD) nach dem Zweiten Weltkrieg nicht dort hingeführt hat, wo es heute sein könnte. Dabei meine ich nicht, dass wir Deutschen für alles, was in der Welt an Fehlentwicklungen geschehen ist und geschieht, als die Schuldigen bekennen müssen. Und wenn ich von uns Deutschen spreche, dann meine ich keine Rasse, nicht einmal ein Volk, das in Urzeiten gebildet wurde, sondern an Deutschland als eine gesellschaftliche Einheit, die von ganz Europa geprägt wurde, aber als solche ein Recht auf Eigenheit hat und so auch ein Ausdruck der Vielfalt ¹ menschlicher Gesellschaften als Voraussetzung positiver Entwicklungen im Spannungsfeld zwischen willkürlicher Veränderungen und verkrustetem Konservatismus sein darf und sollte.

Die bequem und verlogene politische Mitte, die mit dem Spruch von der > freiheitlich-demokratischen Grundordnung < ² am liebsten alle wegschließen lassen möchte, die nicht so denken wie sie selbst, hat dafür gesorgt, dass die BRD nach dem Zweiten Weltkrieg und das (reduzierte) Deutschland nach der Vereinigung der beiden Republiken nur ein Abglanz von dem geworden ist, was sie hätte werden können. Und der Spruch von der > freiheitlich-demokratischen Grundordnung < klingt dabei wie eine Verhöhnung der Botschaft von der Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit ³.

Mein Schuldspruch, gewonnen aus dem Nachdenken über unsere politische und ökonomische Wirklichkeit, ist nicht nur an die Adresse unserer politischen Klasse oder Kaste und an die Gesellschaftswissenschaftler – und hier insbesondere an die Adresse der Wirtschaftswissenschaftler - gerichtet, sondern an die ganze Bürgerschaft, also auch an mich. Ich kann zwar Jahrzehnte der Opposition gegen eine falsche, der Freiheit und Gerechtigkeit sabotierende Entwicklung nachweisen, da ich aber erfolglos in dieser Opposition war, hat sie kein

-
- 1 Ich verstehe Vielfalt nicht in dem Sinne des verkappten Rassismus, der alle Menschen und Kulturen in einer Einheit vermischen will, sondern im Sinne von Peter Kafkas Motto seines Buches „Das Grundgesetz vom Aufstieg“, das da lautet: „Vielfalt, Gemächlichkeit, Selbstorganisation“.
 - 2 Der positiv gedachte Inhalt der Redewendung von „freiheitlich-demokratischer Grundordnung“ wurde am meisten von denen verraten, die ihn als Waffe gegen Andersdenkende angewandt haben.
 - 3 Der verstorbene Prof. für Öffentliches- und Verwaltungsrecht Roland Geitmann hat die Brüderlichkeit in Geschwisterlichkeit umgedeutet, damit auch die Frauen eingebunden sind.

Ge-wicht und bin daher mitschuldig an der Fehlentwicklung unserer Republik, die an ihren verpassten Möglichkeiten und weniger am Vergleich mit anderen Staaten gemessen werden muss.

In der Osterausgabe titelte die HAZ vom 15./16./17. April auf der 2. Seite:

„In der Türkei geht's jetzt um alles“ Es ging in diesem Bericht um das Referendum, mit dem sich Tayyip Erdogan mehr Macht vom Volk gegeben lassen hat. Es wird ein Journalist namens Halil Arslan wie folgt zitiert:

Unserem Volk geht es unter einer zentralen Führung ganz einfach besser.⁴ Warum regen wir uns darüber auf? Unser Unmut über das Geschehen hätte ja dann einen guten Sinn, wenn den Deutschen auf Grund der Vorgänge in der Türkei und unter den Deutschtürken ihr eigenes demokratisches Fehlverhalten bewusst geworden wäre. Das ist nach meiner Wahrnehmung nicht der Fall. Unmutsäußerungen gibt es genug, die richten sich aber gegen andere.⁵ Aber sind wir Deutschen wirklich die besseren Demokraten und ist das Streben nach politischer Macht⁶ bei uns demokratisch besser legitimiert? Ich sage „Nein!“.

Die Demokratie kam zu uns als Oktroy⁷ der Siegermächte und sie wurde nicht wirklich als eigenes Anliegen von der Mehrheit der Deutschen verinnerlicht. Wenn die Aneignung wirklich erfolgt wäre, hätten unsere Parteien und die von ihnen besetzten Staatsorgane das Grundgesetz nicht einfach mittels juristischer Tricks im Einigungsprozess der beiden Republiken verraten können. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes hatten durchaus eine Einsicht in und ein Gefühl für die demokratischen Mängel des Grundgesetzes und haben seine Gültigkeit bis zum Zeitpunkt des geteilten Deutschlands begrenzt. Als der Zeitpunkt gekommen war, dass die Deutschen sich in ihrer Gesamtheit eine Verfassung zu geben hatten, wurde ihnen vermittelt, dass sie dazu zu dumm seien und es wurde ihnen suggeriert, dass es doch für sie bequemer wäre, wenn sie das Regieren denen überlassen würden, die sich damit

4 Bisher habe ich als plausible Erklärung für das Abstimmungsverhalten der Deutschtürken nur den Beitrag „Verstehen und Verständnis“ von Susanne Beyer im SPIEGEL Nr. 17 / 22.4.2017, S. 6 gelesen.

5 Adressaten des Unmuts sind meistens die Neoliberalen, so wie es die Juden wie in vergangenen Zeiten waren. (Ich denke nicht an Gleichsetzung der Personen, sondern an die Methode Schuldige zu definieren.) Sie wurden und werden für alle Fehlentwicklungen verantwortlich gemacht. Das ist in beiden Fällen falsch und ungerecht. Warum haben die Kritiker den Neoliberalen (zweiter Prägung) nicht bessere Modelle und Leitlinien für die Politik entwickelt. Die Kritiker hatten, als der Keynesianismus nach dem realisierten Schrumpfmödel *Soziale Marktwirtschaft* abgewirtschaftet hatte, aus intellektuelle Armut dem Neoliberalismus nichts entgegenzusetzen; sie hatten und haben nur noch die Kraft der Freiwirtschaftsschule, die den Neoliberalen Verrat an der Freiheit und Gerechtigkeit vorwerfen, zu verunglimpfen. So konnte und kann sich das Gros der Neoliberalismuskritiker selbst noch großartig vorkommen.

6 Das Streben nach wirtschaftlicher Macht ist ein gesondertes Thema.

7 <https://de.wikipedia.org/wiki/Oktroy> / <http://www.duden.de/rechtschreibung/oktroieren>

auskennen. Und weiter wurde ihnen als politische Schlaftablette die These von dem unüber-
trefflichen Grundgesetz verabreicht. Abgesehen von der Frage, ob die Behauptung eigentlich
stimmt, wurde die weitere Frage nach der Legitimität des Grundgesetzes, die eine eigene
Qualität hat, mit juristischer Trickserei von der Tagesordnung gestrichen. Es ist daher legitim
und auch rechtlich korrekt, wenn wir den Bundestag, die Bundesregierung und auch das Ver-
fassungsgericht als verfassungsfeindliche Organe betrachten. Unser ganzer politischer Be-
trieb ist obendrein demokratiefeindlich, weil es dem Volk als Verfassungsgeber das Recht
über Verfassungsfragen selbst - direkt oder über ein vom Volk besonders gewähltes Organ -
zu entscheiden vorenthält. Der Artikel 20 (2) „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus, sie
wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzge-
bung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“ wurde de facto umge-
schrieben in „Alle Staatsgewalt ... geht von den Parteien aus, für Abstimmungen wurde das
Volk für ungeeignet befunden ... Die Wahlen sind die Retusche, mit der die fehlende Legiti-
mität des Systems unsichtbar zu machen ist.“

Aus dem Artikel 21 (1) wurde von „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung
des Volkes mit. ... de facto „Die Parteien, die es geschafft haben, Kartellmitglieder in den
Parlamenten zu werden und ihren Status mit Hilfe der 5% Klausel und der Parteienfi-
nanzierung und die Nutzung des Staatsapparates für Parteienpolitik ⁸ erfolgreich gegen neue
Konkurrenten zu verteidigen, haben sich praktisch selbst ein Monopol auf politische Wil-
lensbildung zugesprochen, denn unabhängige Bewerber haben keine Chancen auf den Ein-
zug in den Bundestag. Es gibt eine ganze Reihe von Punkten in Bezug auf die Demokratie
bei uns zu klären, bevor wir Mitglieder anderer Gesellschaften Vorhaltungen in Sachen De-
mokratie machen. Unzufriedenheit gibt es nicht nur bei den Wählern, sondern auch unter
Mitgliedern der Parteien. Das Murren wird aber nicht zum Anlass genommen, die Analyse
des Zustandes unserer Gesellschaft voranzutreiben. Um das eigene Unbehagen erträglich
werden zu lassen, werden einzelne Mitglieder oder innerparteiliche Gruppen als Verursacher
von Misserfolgen und Unbehagen benannt oder die konkurrierenden Parteien – wenn man
sie nicht als Koalitionspartner benötigt – herabsetzend verantwortlich gemacht.

⁸ Eine Meldung von Steingart im HMB vom 28.4.2017: > Eine Mehrheit des **Europaparlaments** hat sich von seinem ehemaligen Präsidenten **Martin Schulz** distanziert. In seinem engsten persönlichen Umfeld sei es zu einem „kritikwürdigen Umgang mit Steuergeldern gekommen“, heißt es in einer Erklärung des Brüsseler Parlaments. **Vetternwirtschaft**, schimpfen die konservativen Parlamentarier. **Wahlkampfgetöse**, erwidert die SPD-Zentrale in Berlin. Wahrscheinlich haben beide recht. < Die HAZ vom 28. 4. berichtet ausführlicher.

Viele kleine Übel sollen die Wähler bei der Wahl der „etablierten“ Parteien in Kauf nehmen, um ihnen mit diesem zum Persilschein der Parteien degradierten Akt die Legitimität und den Anspruch darauf, dass sie das Volk sind, zu bescheinigen. Den Wählern, die sich diesem Anspruch der etablierten Parteien nicht beugen und eine neue – womöglich eine links- oder rechtsextreme Partei wählen, wird dann der Status des Demokraten abgesprochen und nachgesagt, dass sie den Untergang der Republik betreiben.

Ich erwarte z. B. von der Alternative für Deutschland keine Lösungen in drängenden Fragen und werde sie auch nicht wählen. Aber ist diese Partei im Hinblick auf das Demokratieprinzip wirklich schlechter als die Parteien, die für sich Anspruch nehmen, die Vertreter des Volkes und die Schützer der Demokratie zu sein? Die Nennung des Kürzels NPD löst auch bei mir Unbehagen aus. Aber verdankt sie ihre Existenz nicht der Politik der politischen Mittelmäßigkeit? Und müssten die, die sie vor das Bundesverfassungsgericht gezerrt haben, nicht selbst dort als Angeklagte erscheinen? Woran soll sich die politische Mitte orientieren, wie soll sie ihr Gleichgewicht halten und wie soll sie sich bewegen und handeln, wenn ihr die linken und rechten Extremitäten fehlen? Wenn diese Extremitäten über- oder ungleichmäßig wachsen, dann kommen die Impulse oder der Antrieb dafür aus der politischen Mitte und dieses Wachsen ist die Anzeige für die eigenen Fehler der Mitte.

Ich habe so dunkel in Erinnerung, dass das Bundesverfassungsgericht irgendwann mit dem NS-Volksgerichtshof gleichgesetzt wurde und der, der den Vergleich vornahm, stark kritisiert oder gar wegen Verleumdung bestraft wurde. Im Netz habe ich nach Quellen gesucht und dabei die mehrfache Nennung des Vergleichs mit einem Urteil über den Spruch „Soldaten sind Mörder“ gefunden. Bundeswehrgeneral Gerd Schultze-Rhonhof hatte mit der Aussage: „Der Vergleich von Soldaten mit Mördern ist so absurd und zutiefst ehrabschneidend, wie es ein Vergleich des Bundesverfassungsgerichts mit dem Volksgerichtshof der NS-Zeit sein würde.“ auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, dass die Aussage „Soldaten sind Mörder“ zur Meinungsfreiheit gehöre, reagiert. Über „Soldaten sind Mörder“ kann man lange diskutieren. Ich will das hier nicht machen, will nur sagen, dass ich den Schwur nach dem Krieg „Nie wieder Krieg, nie wieder Rüstung!“ nicht vergessen habe.⁹ Und wenn man den Soldaten – der ja auch in Staaten, die sich als Demokratien verstehen, meistens in diese Rolle gepresst hat, mit dem Töten in Verbindung bringen will, ist der Begriff *Henker* eher angesagt, weil dieser im gesetzlichen Auftrag Menschen tötet. Der Soldat wird zum Töten und

⁹ Einer meiner Söhne hat den Zivildienst geleistet, ein anderer den Wehrdienst und ein Enkel möchte zur Bundeswehr gehen.

Zerstören ausgebildet und seine Ausbildung und Rolle in der Gesellschaft wird mit einem Verteidigungsauftrag, der nicht hält, was er verspricht, gerechtfertigt. Aber Soldaten handeln im Gegensatz zu Mördern im allgemeinen nicht gegen bestehende Gesetze. Sie müssen aber damit rechnen, wenn sie zu den Verlierern in einem kriegerischen Konflikt gehören, dass sie von den Siegern als solche behandelt werden. Ich erwähnte das nicht nur, weil ich zum Thema Bundesverfassungsgericht kommen will, sondern auch, weil die Repräsentanten unseres Staates wieder meinen, Deutschland müsse mehr Verantwortung in der heutigen Welt übernehmen. Und das Wort *Verantwortung* ist die offensichtliche Verschleierung für die Militäreinsätze im Ausland. Seit Gründung der BRD, das sind 68 Jahre, haben die Regierungen, Parlamente und die Parteien, die für sich das Vertretungsrecht der Deutschen beanspruchen, wenig getan, um die Voraussetzungen für einen Frieden in der Welt zu schaffen und nun wollen sie mit dem Militär den Völkern Frieden bringen. Dieses militärische Engagement und auch der Rüstungskomplex, für den auch noch das Argument „Arbeitsplatzbeschaffung“ erhalten muss, trägt zusätzlich dazu bei, dass die Bürger die Politik als verlogen ansehen. Ich habe heute (27. 4. 17) eine Sendung mit und über den Entwicklungshilfeminister Gerd Müller im Deutschlandfunk gehört. Er berichtete über die Erfolge nach der Umstellung der Hilfe, die nicht mehr auf Regierungen und große Unternehmen ausgerichtet ist, sondern an kleinen tragfähigen Projekten. Das halte ich auch für sinnvoll und ist zu loben. Nur das reicht nicht, um die Probleme dieser Länder und die Ursachen der Kriege und der Flüchtlingsströme zu stoppen.

In der HAZ vom 30. 3. 2017 findet sich ein Bericht von Nico Pointner und Tanja Tricarico mit dem Titel „*Berlin verzahnt Entwicklungshilfe und Sicherheit / Marschall-Plan und Militäreinsätze: ...*“

Berlin. Europa muss sich nach Ansicht von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und Entwicklungshilfeminister Gerd Müller mehr in Afrika engagieren. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir uns künftig viel stärker für unseren Nachbarkontinent engagieren müssen, mit ihm enger zusammenarbeiten müssen", sagte die CDU-Politikerin am Mittwoch bei einer Afrika-Konferenz der Bundesregierung in Berlin. Afrikas Stabilität beeinflusse auch die Stabilität Europas.

Menschen, die von Terror und Arbeitslosigkeit umgeben seien, schauten sich - berechtigterweise - nach besseren Perspektiven um. Wenn man Perspektiven und Wohlstand gemeinsam für junge Menschen in Afrika entwickle, profitiere man auch gemeinsam davon.

Afrika gewinnt für die Bundesregierung vor allem aufgrund der Flüchtlingsströme in Richtung Norden an Bedeutung. Immer mehr Soldaten der Bundeswehr sind in Afrika im Einsatz. Entwicklungsminister Müller will mit

einem neuen „Marshallplan mit Afrika Reformkräfte dort fördern „Ohne Sicherheit keine Entwicklung, und ohne Entwicklung kein Frieden“, sagte der CSU-Politiker bei der Konferenz. ...

Dass erst, nachdem der Flüchtlingsstrom aus dem Süden die europäischen Grenzen und damit auch Deutschland erreicht, Afrika an Bedeutung gewinnt, ist ein Politikversagen von Parlament und Regierung, denn die Probleme bestehen schon so lange, wie unsere Republik besteht. Schon in den 50er Jahren habe ich im Internationalen Freundschaftsheim Bückeberg und durch eigene Anschauung als Matrose auf einem Frachter von dem Elend gehört und gesehen. Anfang der 80er Jahre habe ich das Problem mit einem Freund diskutiert:

... Was ist z.B., wenn sich die Hungernden in den verschiedenen Erdteilen organisieren und von Einpeitschern animieren lassen, gen Norden zu ziehen? In dem geplanten Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven würden keine Güter gelandet, sondern Menschenmassen, die ungefragt zu uns kämen: Zehntausende, Hunderttausende dann in Millionenschüben. Mit welchem Recht? Mit dem gleichen Recht, das sich der weiße Mensch nahm, als er sich mit Landnahme, Mord, Versklavung und Mission die Welt in Besitz nahm und ihr seinen kulturellen Stempel aufdrückte. Nicht nur die Deutschen würden mit Entsetzen den Vorgang erleben, aber wir wären zusätzlich durch den auf uns lastenden Holocaust gelähmt, um uns mit Gewalt dagegen wehren zu können. Es ist ein Entwicklungsmodell, was wir nicht ernsthaft fördern können, was uns aber ernsthaft bedroht, wenn wir so weitermachen wie bisher. ...

Das ist hier nachzulesen: „Flüchtlinge als Ausdruck des Unfriedens in der Welt und als Bedrohung des Bürgerfriedens ...“, Text 141.0 vom Oktober 2015, S. 17 (<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/141.0.Fluechtlinge.Frieden.Verfassung.pdf>) oder in einem der Dateien zu „**Agenda Niedersachsen Teil 1**“ vom Oktober 1999 (Übersicht Text 18.0) oder im **Teil 2** vom Mai 2001 (Text 19.0 Offener Brief an Mitglieder des Nieders. Landtages / 19.1 = Haupttext und 15 Dateien Dokumentation)

Ich wiederhole: > Entwicklungsminister Müller will mit einem neuen „Marshallplan mit Afrika Reformkräfte dort fördern „Ohne Sicherheit keine Entwicklung, und ohne Entwicklung kein Frieden“, sagte der CSU-Politiker ... < Ich halte das Zitat in dem Satz auch für richtig, nur reicht ein Marshallplan ¹⁰auf der Kredit- oder Geschenkbasis nicht und das Militär alleine kann die Sicherheit nicht bringen. Das in Jahrzehnten Versäumte kann auch in kurzer Zeit nicht nachgeholt werden. Helfen kann man nur Menschen, die Hilfe annehmen wollen. Damit eine Hilfe auch für die oppositionellen und rebellischen Hilfsbedürftigen akzeptabel und unterstützt wird, sind die Ziele und Motive der Hilfsbedürftigen offen zu erklären. Die 1,5 Milliarden Dollar in bar als Nahrungsmittel und als Hilfsgüter waren für Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg durchaus von Bedeutung, bedeutender war

¹⁰ Den konnte sich die USA leisten, weil sie im eigenen Land keine Zerstörungen erlitten hatte und weil der Krieg für ein erfolgreiches Konjunkturprogramm war.

aber die Befreiung des damaligen Restdeutschlands von der staatlichen Zwangswirtschaft. Weil das Verständnis schon bei uns mangelhaft vorhanden war und das Projekt „Soziale Marktwirtschaft“ schon in den Anfängen stecken blieb, weil weder die Einsicht in die Notwendigkeit der Reform des Bodenrechts und der Währungsverfassung noch die politische Kraft für die Umsetzung einer solchen Reform vorhanden war, diente der Begriff Soziale Marktwirtschaft fortan nur noch als leere Hülse für die Parteipropaganda. Wenn wir Afrika wirklich helfen wollen, dann müssen wir erst einmal das Versagen der Politik und der Gesellschaftswissenschaften aufarbeiten und ökonomische Erfolge erst im Inland und dann im Gleichklang mit der EU- und weiterem Ausland erzielen.

Ich halte einen Beitrag zur Sicherheit durch das Militär unter folgenden Bedingungen nicht ganz für ausgeschlossen: Die erste Bedingung ist, dass die Militärhilfe nicht nur von politischen Amtsinhabern der betroffenen Länder gewollt wird, damit sie ihre Herrschaft sichern können, sondern dass die gesamte betroffene Gesellschaft ein Votum dafür ablegt. Die zweite Bedingung wäre, dass Afrikaner in Europa oder durch Europäer in Afrika theoretisch und praktisch für das große Werk -, das es zu bewältigen gibt und das sie auch selber wollen und verstehen - als das ihrige verstehen und ausgebildet werden. Wenn das gelänge, dann würde ein solcher Erfolg eine Entwicklungshilfe für den europäisch geprägten Westen auslösen. Wir dürfen nicht übersehen, dass der Westen selber krank ist und vorwiegend als Brandstifter tätig ist und nicht wahrhaben will, dass er selber die Terroristen gezüchtet hat, die ihm zu schaffen machen. Ich halte unser politisches System aber (noch) nicht für fähig, solche Überlegungen konstruktiv zu verarbeiten. Im Vorwort von „Vergessener Faktor Boden / Marktgerechte Bodenbewertung und Raumordnung“ von Martin Pfannschmidt schrieb Prof. Gustav Bohnsack aus Hannover am 3. Oktober 1990 im Hinblick auf das bodenrechtliche Chaos, was die sogenannte Bodenreform in der DDR hinterlassen hat und die Schwierigkeiten, in der Politik ein Bewusstsein für die Bodenproblematik zu erzeugen u.a.:

Doch werden sich unsere Politiker, die alten oder die neuen, zu wirklich durchgreifenden Lösungen i.S. von Martin Pfannschmidt gegen eine übermächtige Lobby durchsetzen? Es gibt für eine solche Durchsetzung ein positives Beispiel, aber auch nur eines, die Landordnung von Tsingtau/Kiautschou. Sie war am 2. September 1898 als Gouvernementsverordnung betr. den Landerwerb in dem deutschen Kiautschougebiet für dieses Pachtgebiet erlassen worden. Aus heutiger Sicht ist kaum zu glauben, daß damals alle bürgerlichen Parteien des Deutschen Reichstags der Verordnung am 31. Januar 1899 zustimmten. Berücksichtigt man, daß diese Landordnung die für demokratische Staaten wohl schärfsten Eingriffe in die Eigentumsordnung enthält, dann ist die Zustimmung gerade der bürgerlichen Parteien nur so zu erklären, daß keiner ihrer Abgeordneten als Grundstückseigentümer betroffen war und die chinesischen Bauern als bisherige Landeigentümer in Berlin keine Lobby hatten. Das ist seit Jahren in Bonn doch wohl erheblich

anders. Wiederholt mußte das Martin Pfannschmidt mit seinen Versuchen erfahren, die soziale Komponente beim Grund und Boden in die Marktwirtschaft einzubringen. Schützenhilfe leistete ihm 1967 zwar kein Geringerer als das Bundesverfassungsgericht mit seiner Entscheidung vom 12. Januar 1967 (1 BvR 169/63), in der die Untätigkeit des Gesetzgebers zur Schaffung einer sozialgerechten Bodenordnung scharf gerügt wird. Dieses höchste deutsche Gericht stellte u.a. fest: „Art. 2, Abs.2 GG ist eine Absage an eine Eigentumsordnung, in der das Individualinteresse den unbedingten Vorrang vor dem Interesse der Gesellschaft hat.“ Aber geändert hat sich seither nichts.

Martin Pfannschmidt hat ein ganzes Berufsleben bis zu seinem Lebensende im hohen Alter für soziale Gerechtigkeit, für die Sozialpflichtigkeit von Grund und Boden gekämpft, vergebens! Wann wird der von den Politikern vergessene Faktor Boden endlich in das helle Rampenlicht zukunftsweisender Bodenpolitik gerückt? Die gegenwärtige Entwicklung des mitteldeutschen Raumes beweist doch wohl, daß hier „Handlungsbedarf“ besteht - und das, bevor auch dort, wie im Westen, zufällige Eigentümer ohne eigene Leistung zu Lasten der Gesellschaft Millionen verdienen. Martin Pfannschmidt weist mit dem vorliegenden Werk an in- und ausländischen Beispielen Wege zur Problemlösung und zwar nun für das *vereinte* Deutschland.

Hannover, 3. Oktober 1990

Prof. Gustav Bohnsack ¹¹

In dem genannten Buch findet sich auch ein Zitat von Winston Churchill, wo er bekennt, dass es keine öffentliche Investition in die Infrastruktur gibt, die sich nicht in der Grundrente der Eigentümer widerspiegelt. Wenn man in dem Buch „Die Bodenreform“ von Adolf Damaschke liest, kann man entdecken, dass Konrad Adenauer zu den Bodenreformer gezählt werden kann. Diese Ansätze gab es auch noch in der SPD der jungen BRD. Es sieht so aus, als wenn auf dem Weg zur Macht alle guten Einsichten geopfert werden. Wenn das richtig ist, ist zu fragen, wozu wir dann noch Parlamente benötigen. Mir scheint, die Sabotage der Demokratie ist in ihren Institutionen angelegt. Wie will Deutschland Entwicklungshilfe in Afrika und in all den anderen Ländern leisten, wo es entweder Landlosenbewegungen gibt oder die Rohstoffe von den großen Konzernen geplündert werden.

Zwischendurch erhielt ich folgende Nachricht:

Dirk Löhr, Fred Harrison (Hg.)

Das Ende der Rentenökonomie

Wie wir globale Wohlfahrt herstellen und eine nachhaltige Zukunft bauen können

Übersetzt aus dem Amerikanischen von Dirk Löhr et al.

377 Seiten • 34,80 EUR (inklusive MwSt. und [Versand](#))

ISBN 978-3-7316-1226-1 (April 2017)

● Dieses Buch ist noch nicht erschienen!

Dieses Buch handelt von einem neuen ökonomischen Paradigma. Jeder politische Entscheidungsträger sollte es kennen. Spätestens seit der Wirtschaftskrise 2008 sind die her-

11 Ich mache zu dem Thema Tsingtau hier noch auf eine Diplomarbeit von Elisabeth Ina Friedrich aufmerksam. Sie ist erschienen in der Reihe „Studien und Quellen zur Geschichte Schantung und Tsingtaus. Der Titel lautet: „Die Steuer als Instrument der deutschen Bodenpolitik in Tsingtau (1898 – 1914) / Triebkräfte, Ziele, Ergebnisse, Bonn 1992, Hrsg. Prof. dr. W. Matzat. Wie mir neulich gesagt wurde, haben sich die Ortsnamen zwischenzeitlich geändert.

kömmlichen Wirtschaftswissenschaften unglaublich geworden. Die ökonomische Erde in diesem durch die neoklassische Theoriewelt geprägten Fach ist eine Scheibe.

In "Das Ende der Rentenökonomie" stellen 13 Beiträge dar, wie die Arbeiten der alten klassischen Ökonomen durch die Neoklassik pervertiert und im Interesse mächtiger Interessengruppen instrumentalisiert wurden. Die Beiträge leisten eine Rückbesinnung. Dabei beziehen sie sich auf die wichtigsten Arbeiten von Mason Gaffney, einem mittlerweile emeritierten Professor der University of California (Riverside), USA, und herausragendem heterodoxen Ökonomen. In seinem Sinne zeigt dieser Band, wie die Volkswirtschaft dem Gemeinwohl dienen kann. Die Befreiung aus der Zwangsjacke einer dauerhaften Stagnation, öffentlicher Armut, niedriger Löhne und Beschäftigungsunsicherheit ist möglich.

Sinn dieser Hinweise ist zu verdeutlichen, dass Entwicklungshilfe nur zum kleinen Teil eine finanzielle Angelegenheit ist. Eine Entwicklungshilfe in der Form der Verteilung von Brosamen nützt niemanden und eine Entwicklungshilfe, die die ökonomischen Probleme des Westen exportiert, schützt weder uns, noch bringt den Ländern der Dritten Welt Arbeit und Brot. Um unsere Erde zu einer Welt des Friedens (mit) entwickeln zu können, müssen wir den Mut aufbringen, unser eigenen ökonomischen Fehler zu überwinden. Die Zeit drängt. Denn wenn bei uns noch einmal eine Regierungschefin sagt, kommt alle zu uns, ihr Mühseligen und Beladenen - und das ohne Mandat – dann werden wir wohl keine Chance mehr haben, unserer Wohlstandsinsel als Basis für Förderung von Wohlstand anderswo zu erhalten und zu benutzen, sondern aufgrund der inneren Auseinandersetzungen selber zu den Hilfsbedürftigen in dieser Welt gehören. Offene Grenzen für Menschen und Güter kann man gegenüber einer Welt haben, die ökonomisch, sozial und ökologisch im Gleichgewicht ist.¹² Deutschland hat sich seines möglichen Beitrages für eine bessere Welt verweigert und ist daher erneut schuldig geworden.

Ich komme zum Bundesverfassungsgericht. Den Vergleich dieses Gerichts mit dem Volksgerichtshof in Bezug auf die jeweilige Rechtsprechung halte auch ich für völlig daneben. Aber den Gebrauch des Vergleichs durch einen General, der seinen Stand und den seiner Soldaten gegen den Vorwurf, sie seien Mörder, schützen wollte, halte ich für legitim. Und trotz des Bemühens der Vertreter, öffentlich wirksame Bürger unserer Gerichte gegen unredliche Verdächtigungen und vor dem Vertrauensverlust zu schützen, können Gerichte nicht außerhalb der kritischen Beobachtung bleiben. Für mich ist die Frage, warum das Bundesverfassungsgericht und die Länderverfassungsgerichte so völlig ohne Protest den Verrat des Grundgesetzes und die Aberkennung des Rechts des Volks auf eine Verfassungsgebung durch die Parteien geduldet haben. Es kann ja sein, dass die Verfassungsgerichte nicht in eigener Sache gegen sich selbst ein Verfahren einleiten konnten. Aber warum haben nicht wenigstens ein Teil

¹² Hinzu kommt, offene grenzen vertragen sich nicht mit einem staatlichen sozialen Sicherungssystem.

der Richter aus Protest ihr Amt niedergelegt? Ich deute das für mich so, dass die Juristen im Allgemeinen zu stark als Rechtstechniker ausgebildet werden und zu wenige als Rechtsphilosophen. Dadurch scheint mir ein Anpassungsdruck der Juristen in ihren verschiedenen Rollen an das herrschende Rechtsverständnis der Politik zu entstehen, dem sie nichts entgegenzusetzen können. Ich sehe das Bundesverfassungsgericht jedenfalls als demokratisch nicht legitimiert an. Es hat kein vom Volkswillen abgeleitetes Mandat und muss daher als demokratiefeindlich eingestuft werden.

Ein System der konkurrierenden Parteien ist allemal besser als die Herrschaft einer Partei. Trotzdem haben offensichtlich immer mehr Bürger das Gefühl, dass wir mit unserem Mehrparteiensystem auf dem Holzweg sind. Das hat sicher mit dem Verständnis der Parteien von der Mitwirkung an der politischen Willensbildung zu tun, das ihnen das Grundgesetz gewährt und von ihnen als Alleinauftrag interpretiert wird und auch mit der finanziellen Ausstattung der Parteien durch den Staat, die den ideellen Wettbewerb um die Gestaltung unserer Gesellschaft verzerrt. Darüber gebärden sie sich so, als seien sie eine Vorinstanz des Gesetzgebers und versuchen die Abgeordneten, die ihrer Partei angehören an ihre Beschlüsse zu binden und so ihren grundgesetzlichen Unabhängigkeitsstatus zu unterbinden. Sie haben die Neigung, das ganze Feld gesellschaftlichen Lebens mit Gesetzen zuzupflastern und jede individuelle Neigung zu unterdrücken ohne eines der großen gesellschaftlichen Probleme wirklich zu lösen. Es herrscht unter ihnen nicht die Vorstellung, wie sie den Bürgern einen Gestaltungsfreiraum sichern können, sondern die Vorstellung, die Bürger von der Wiege bis zum Grabe in einer institutionellen Gefangenschaft zu halten und sie von sich als wohlthätige Betreuer abhängig zu machen. Und hier liegt meines Erachtens auch die Ursache für den Verdruss über die Europäische Union.¹³ Wenn aber die Parteiendemokratie kein besseres Ergebnis für die Freiheit und Gerechtigkeit wie ein Autokrat erzielen kann, warum sollen die Bürger sie dann noch verteidigen, zumal sie sich diese Demokratie nicht erarbeitet und erkämpft haben, sondern ihnen übergestülpt wurde.

In der HAZ vom 22. April war unter dem Titel > Politik ohne Parteien < in einem Beitrag von Nathan Gardels – Mitbegründer des Berggruen Institutes, einem internationalen Think

13>> „Derzeit ist die Europäische Union zu schwach in den großen Fragen und zu dominant in den Kleinen. Wir brauchen vor allem mehr Subsidiarität, damit Themen rascher, effizienter und bürgernäher gelöst werden“, erklärte Vizekanzler und ÖVP-Chef Reinhold Mitterlehner, der die EU-Position seiner Partei mit Außen- und Europaminister Sebastian Kurz (ÖVP) abgestimmt hat. << Tiroler Tageszeitung vom 25.03.2017 /

Tank – unter anderem zu lesen ¹⁴:

In den westlichen Demokratien ist das Vertrauen in öffentliche Institutionen und etablierte politische Parteien verloren gegangen. Schuld sind die regierenden Eliten, die unfähig sind, auf Ängste der Bürger einzugehen und Fragen der Gesellschaft zu Ungleichheit, Immigration und Globalisierung zu beantworten – ganz zu schweigen von der Beseitigung der Unsicherheit, die die digitale Wirtschaft auf dem Arbeitsmarkt geschaffen hat. Missmut und Unzufriedenheit mit dem Status quo haben zugenommen. Auch aufgrund der Mitmachkultur der sozialen Medien, die eine gleiche Ausgangslage für alle schaffen: Amateure, Profis und meritokratische Experten können auf dieselben Informationen zugreifen. Durch diese Offenheit fordern soziale Medien die Macht der Eliten als Informationswächter heraus und hinterfragen sogar die Legitimität von repräsentativen Demokratien. Soziale Medien kündigen die Umverteilung der Macht an, die Hand in Hand geht mit dem wachsenden Wunsch westlicher Gesellschaften nach direkter Demokratie durch Referenden und Bürgerinitiativen. Wir haben die Griechenland-Referenden und Brexit gesehen. Populistische Bewegungen und Parteien aus den Niederlanden, Frankreich und Italien: Alle schlagen Referenden zur EU vor, je näher sie der Macht kommen.

Wer braucht noch Regierungsinstitutionen, wenn der normale Bürger genauso viel wissen kann wie die, die ihn regieren? Warum kann das unzufriedene Volk nicht einfach selbst Entscheidungen treffen?

...

Im heutigen Anti-Establishment ist das Modell des Industriezeitalters, mit seinen geschlossenen, massentauglichen politischen Parteien, mit denen sich die Öffentlichkeit treu identifiziert, nicht mehr haltbar. Das Modell geht den gleichen Weg wie Anstellung auf Lebenszeit und die Massenmedien. Eine Post-Parteien-Politik entsteht, in der Koalitionen der Willigen sich um spezifische Themen formieren, effektive Lösungen suchen, sich wieder auflösen und sich um das nächste Problem scharen. Genau so, wie Fragmentierung und Flexibilisierung den Arbeitsmarkt dauerhaft umgekrempelt haben, haben sie begonnen, die Politik zu bearbeiten.

Was es jetzt braucht, sind neue Methoden und Institutionen, die eine wiedererwachte Öffentlichkeit einbeziehen können. Diese hat jetzt das Rüstzeug, ihre Forderungen kundzutun und die politischen Mittel der direkten Demokratie, diese in die Tat umzusetzen. Die Herausforderung ist, Partizipation ohne Populismus zu fördern. In dieser neuen Zeit müssen wir über die Wahlurne hinausblicken, um unparteiische, vermittelnde Institutionen zu gründen – vertrauenswürdige Inseln der Expertise und der Erfahrung, abgeschottet vom kurzzeitigen, interessengerichteten und heftigen Einfluss des Wahlsystems. Diese Institutionen können mit Verstand, Dialog, Verhandlungen und Kompromissen die Polarisierung überbrücken.

Methoden und Institutionen sollten in einer Demokratie permanent unter einem Rechtferti-

¹⁴ Der Artikel erschien in der Beilage „Sonntag“ der HAZ auf der Seite 2 und diese Seite trägt den Titel „Weiter Denken“, das ist ein Hoffnungszeichen für mich als Leser. Hoffentlich werden die Schreiber und Redaktionsmitglieder, die es wagen, weiter zu denken, nicht gleich wieder ausgebremst.

gungsdruck stehen, damit sie immer ihr mögliches Optimum anstreben und erreichen, aber neue Institutionen schaffen, ohne das Ziel und die Praxis der Politik zu ändern, bringt nicht die erforderliche Wende, die für das ganze Deutschland so notwendig ist wie die Wende, die zum Ende der DDR geführt hat. Ohne diese Wende würde nur alter Wein, der zu Essig geworden ist, in neue Schläuche gefüllt werden. So wichtig die direkte Demokratie mit Referenden ist – schon um die Parlamente unter einen Wettbewerbsdruck für die optimale Lösung einer Frage zu setzen -, ist dieser Ansatz auch zum Scheitern wie die heutige kritisierte Parteienherrschaft verurteilt, wenn wir unsere Gesellschaft (und Europa) nicht neu denken und erfinden. Es kommt darauf an, wie viel für die politische Einheit eines Staates oder eine Staatengemeinschaft generell geregelt und entschieden werden muss und wie viel freiheitlicher individueller Gestaltungsraum eine Gesellschaft ihren Mitgliedern zugestehen und bewahren kann. Ein Staat ist nicht besonders sozial, wenn er einen hohen Sozialetat und viele Empfänger sozialer Leistungen ausweist, sondern dann, wenn er wenige Bürger hat, die sich nicht durch ihre eigene Arbeit selbst versorgen können. Ein Staat ist nicht besonders freiheitlich, wenn er für alle und alles eine zentralistische – von Spezialisten als perfekt gehaltene - Lösung anbietet, sondern dann, wenn eine möglichst große Mehrheit der Bürger die eigene Lösung für ihr Anliegen finden und gestalten kann. Und bei solchen Überlegungen muss man bedenken, dass alles, was der Staat in diesen Angelegenheiten machen kann, aus dem Arbeitsertrag der Arbeit finanziert werden muss. Der Staat kann nichts schenken, was er den Bürgern vorher mit Zwangsmitteln genommen hat.

An dieser Stelle ist mir die HAZ mit der Ausgabe vom 19. April 2017 wieder behilflich. Die Schlagzeile auf der Titelseite:

Durchschnittsverdiener zahlen jeden zweiten Euro an den Staat

Von Christian Wölbert / **Hannover**. Neue Studienergebnisse befeuern die Diskussion um Steuersenkungen in Deutschland. Wie das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ermittelt hat, müssen Haushalte mit einem durchschnittlichen Einkommen fast jeden zweiten Euro an den Staat abführen, wenn bei der Berechnung der Lasten nicht nur die Einkommensteuer berücksichtigt wird, sondern auch die Sozialabgaben und die Mehrwertsteuer eingerechnet werden.

Zudem habe sich die Zahl der Arbeitnehmer, die den Spitzensteuersatz von 42 Prozent entrichten, stark erhöht: Mittlerweile seien es 4,2 Millionen Steuerzahler, das sei fast jeder elfte Arbeitnehmer. „Die Einkommen sind gestiegen, aber die Steuertarife wurden nur unzureichend angepasst“, sagt IW-Forscher Tobias Hentze. Vergangene Woche hatte bereits die Industrieländer-Organisation OECD vorgerechnet, dass alleinstehende Deutsche im

Vergleich mit 34 anderen Ländern die zweithöchsten Steuern und Abgaben zahlen. ...

Zusatzinformation:

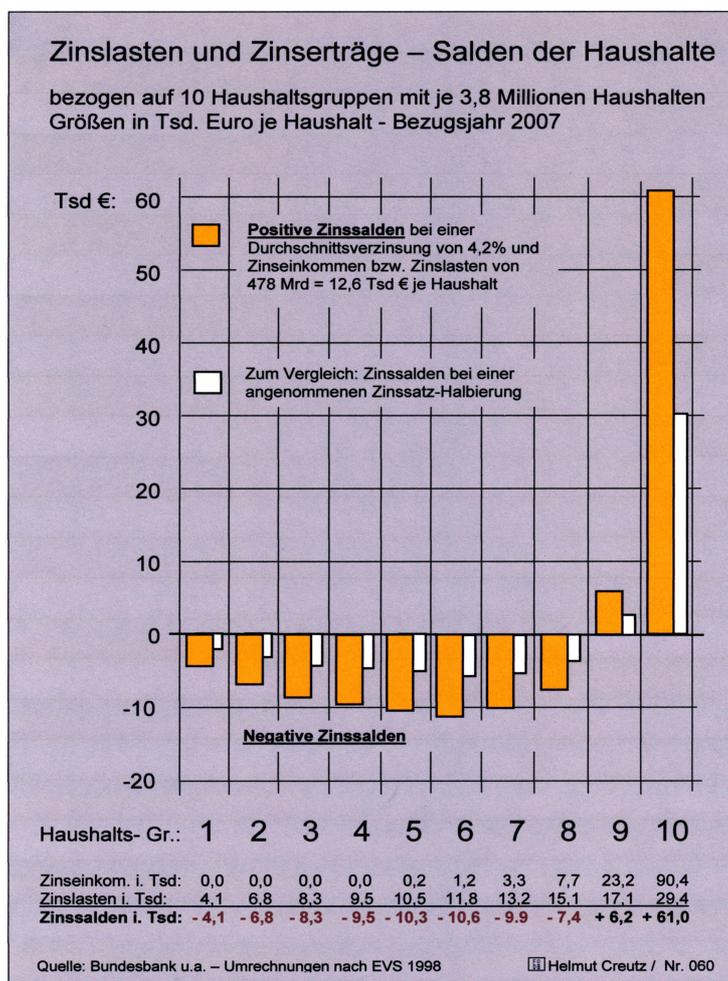
So viel Netto bleibt vom Brutto / HAZ-Grafik: stk | Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft / Gemessen an den durchschnittlichen Haushaltseinkommen

Ehepaar ohne Kinder	52,9 %
Ehepaar mit zwei Kindern	55,9 %
Alleinerziehend mit einem Kind	58,9 %
Single	53,8 %

Das Freiheitsgebot oder die Freiheitssehnsucht wurde nicht dann erfüllt, wenn allen Bürgern die verbale Narrenfreiheit geboten wird, sondern erst, wenn unsere Gesellschaft einen hohen Grad von haftender Gestaltungsfreiheit jedem Bürger und jeder von Bürgern nach dem Zivilrecht freigewählten Gemeinschaft zugestanden wird. Auf diesem Hintergrund bedeutet die Abgabe der Hälfte des Einkommens eine halbe Entmündigung, also das Gegenteil von Freiheit. Wenn man den Zehnten aus alter Zeit – über den ich kürzlich in einer alten Schrift eine Klage über dessen Ungerechtigkeit las – zum Maßstab nimmt, dann ist unser Staat ein Raubritter, der von allen, die die Wege an seiner Burg passieren, einen Zoll bzw. einen Tribut verlangt. Nun leistet der heutige Staat für den Steuerzahler mehr als in vergangener Zeit die Herrschenden, die den Zehnten einforderten. Und diese Herrschenden waren oft auch geistliche Herren, die ihre Fähigkeit zum Kassieren an die heutigen Repräsentanten der Kirchen vererbt haben. Im Kloster Loccum – nicht weit von hier – kann man noch eine Zehntscheune besichtigen. Der heutige Staat muss aber doch nur mehr leisten, weil sich Abgeordneten in unserem System nicht auskennen oder bei seiner Reparatur die falschen Ersatzteile eingebaut haben. Wenn sie – unabhängig mit welcher Parteifahne sie sich schmücken - so weiter machen, verpassen sie uns noch das Zwangskorsett mit den langen Namen Zentralverwaltungswirtschaft. Wir sind schon lange auf dem Weg dahin. Verwunderlich ist, wenn CDU-Mitglieder der LINKEN kommunistische Tendenz vorwerfen, offensichtlich ist ihnen nicht bewusst, dass sie seit ihrer Gründung sich bemüht haben, den Bereichen und Bildung kommunistische Strukturen einzubauen und diese zu festigen. Im Hinblick auf diesen Bereich gibt es im Bundestag eine super große Koalition und keine Opposition. Und jede Partei hofft, die Inhalte der Köpfe der Wähler nach ihren Vorstellungen zu formen. Ich nenne das den heimlichen Faschismus¹⁵ unserer politischen Kaste.

15 Der Begriff Faschismus ist hier nicht mit dem Begriff Nationalsozialismus gleichzusetzen wie heute vielfach üblich und wendet sich hier an Zeitgenossen, die sich gerne selbst als Progressive oder auch als Konservative einstufen und Andersdenkende mit diesem Begriff ins politische Aus stellen. Ich bin durchaus der Problematik des Begriffs bewusst. In der Arbeitsunterlage der FernUniversität Hagen „Internationalismus / Nihilismus ...“ von 1981, S. 241 ist u.a. zu lesen: „Kaum ein anderer Begriff wird so wie der Begriff

Aber es gibt noch den heimlichen Raubritter, der im Kapitalismus kassiert und nichts dafür leistet. Es ist der Zins – hier als Sammelbegriff für alle ökonomischen Renten benutzt -, er kassiert vom Nettoeinkommen der Bürger 30 bis 40%. Diese Zwangsabgabe ist den Bürgern aber gar nicht bewusst, weil sie sie nicht sehen. Diese Zwangsabgabe versteckt sich in unterschiedlicher Höhe in allen Preisen für Güter und Dienstleistungen. Zwar erhalten die Bürger auch Zinserträge, aber bei der Saldierung von Zinserträgen und Zinsaufwendungen gehören 80 % von ihnen zu den Verlierern. Helmut Creutz hat das sehr deutlich dargestellt in seiner Grafik Nr. 060, einzusehen unter www.helmut-creutz.de. Dass hier die Konzentrationsursachen in der Vermögensverteilung liegen, wird von der Politik und Wirtschaftswissenschaft nicht beachtet. Dieses Problem (oder Probleme, wenn nach der Anzahl der Systemfehler gegangen wird) lässt sich nicht mit höheren Einkommenssteuern lösen.



Erläuterungen unter www.helmut-creutz.de Grafiken / E – Zinsen in den Preisen, Einkommensumverteilung

"Faschismus" als ein affektiv aufgeladener Kampfbegriff benutzt, dessen Gebrauch rituell eine Gegenhaltung zu dem mit ihm Belegten hervorrufen soll und offensichtlich auch hervorruft."

Wenn wir uns und andere (ohne Anspruch auf „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen!“) retten wollen, dann müssen wir unsere Gestaltungsmöglichkeiten noch einmal (bzw. erstmals) durchbuchstabieren. In der Gründungszeit der grünen Partei gab es starke Bestrebungen, eine Politik der Dezentralität zu verfolgen. Man sprach von Parlamenten der Betroffenen. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, dass diese nur privatrechtlich konstituiert sein könnten. Das Dezentralitätsanliegen kam aber nicht zum Zuge, weil die sozialdemokratischen und marxistischen Grünen von ihrem Politikverständnis her, einen ausgedehnten Staat als Machtinstrument und als Übervater benötigten. Die Gründung der grünen Partei mit dem Ziel, unsere Republik zu erneuern, nicht nur ökologisch sondern auch ökonomisch und politisch, ist in weiten Teilen gescheitert, das sollte nicht als Anklage verstanden werden, auch nicht an die parteiinternen „Sozialdemokraten“ und „Marxisten“, die in den GRÜNEN der Partei ihren Stempel aufgedrückt haben, denn jeder, der nicht nur eine Figur im Puppenspieltheater *Politik* als Puppe, sondern als Spieler sein will, muss nach den Vorstellungen handeln, die er im Kopf hat. Die unverträglichen Zielvorstellungen in der grünen Partei kamen auch zustande, weil das Ziel, die 5%-Hürde zu überwinden, die Gründer zu einer weiten Öffnung der Partei bewogen haben. Auch hier war die 5%-Hürde kontraproduktiv.

Der Freiheitsgedanke ist trotz vieler Sonntagsreden – wo das Wort Freiheit einen sicheren Platz hat - bei uns nicht zu Hause. Nicht jeder kann, wie unser Ex-Bundespräsident Joachim Gauck, die Abwesenheit von DDR-Herrschaft schon als Freiheit verstehen. Je weiter die Lösung der Grundkonflikte in unserer Demokratie und Ökonomie hinausgezögert werden, so stärker wird man in den Zentralismus flüchten und je weiter diese Flucht die Politik treibt, um so viel mehr Gesetze, Polizei und Gefängnisse wird man benötigen.

Wir benötigen nicht neue staatliche Institutionen um, eine „Politik ohne Parteien“ betreiben zu können, sondern eine Besinnung darauf, was die Freiheit und ökonomische Gerechtigkeit gebenden Elemente einer Gesellschaft der Freien ist. Das heißt, wir müssen zu allererst an unseren Vorstellungen von einer guten Gesellschaft arbeiten. Schon dieser Schritt ist schwer. Die folgenden noch mehr, weil es Verbündete höchstens unter denen Menschen gibt, die eine Distanz zu den Parteien, Verbänden und Gewerkschaften gewonnen haben. Bei uns herrscht der Strukturkonservatismus, der je nach Parteifarbe nur eine andere Prägung hat, seine Hauptträger sind jene, die etwas in den Parteien, Verbänden und Gewerkschaften zu sagen haben und wie mir scheint, auch die angesehenen Medien, die sich partiell liberal geben und

das Wort *Lügenpresse* als Kränkung empfinden, aber zum Gebrauch dieses Schimpfwortes selber beigetragen haben und noch beitragen.

Die HAZ vom 20. April 2017 bringt ein Interview von Bärbel Hilbig mit Professor Wolfgang Ertmer, Vizepräsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Laut Zusatzinformation ist der 68-Jährige Experimentalphysiker und arbeitet als Professor am Institut für Quantenoptik an der Leibniz-Universität in Hannover. Folgendes zitiere ich aus dem Interview, aber zuerst die Schlagzeilen:

Warum demonstrieren Sie, Prof. Ertmer?

Sonnabend gehen bundesweit Forscher für die Freiheit der Wissenschaft auf die Straße. Auch die Leibniz-Universität ruft Mitarbeiter und Studenten zur Teilnahme auf.

Herr Professor Ertmer, beteiligen Sie sich an der Demonstration unter dem Motto March for Science?

Ich unterstütze das absolut. Das Verhältnis von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft hat sich stark verändert. Dagegen müssen wir uns auflehnen.

Kam der Anstoß für die bundesweiten Demos aus den USA?

Das ist für uns der Ausgangspunkt. Unsere Kollegen in den USA müssen mit Donald Trump klarkommen. Die neue Regierung hat der staatlichen Umweltbehörde das Budget um 30 Prozent gekürzt. Das muss man sich vorstellen! 20 Prozent der Ausgaben für Medizin und Gesundheitsforschung sind gestrichen, 10 Prozent bei der nationalen Wetterbehörde, die sich um Klimafragen kümmert. Das Budget der Nasa bleibt unverändert, aber sie soll sich nur noch auf den weiteren Weltraum konzentrieren und nicht auf Erdbeobachtung. Die Satelliten, die die Erde beobachten, sind aber extrem wichtig für die Klimaforschung. Sie registrieren Veränderungen am Eisschild, den Klimagasen und an der Temperatur.

Aber es ist nicht allein die Situation jenseits des Atlantiks, die Ihnen Sorge bereitet?

In Ungarn möchte Orban die Zentraleuropäische Universität schließen, weil sie ihm nicht willfährig genug ist. In der Türkei werden Wissenschaftler zur Emigration getrieben. Wenn uns das jemand vor einem Jahr erzählt hätte, hätten alle gesagt, der spinnt.

Was beunruhigt Sie besonders?

Wissenschaft lebt davon, dass sie offen ist. Sie braucht die Freiheit, sich ihre Themen selbst auszusuchen. Wir können uns nicht von Politikern vorschreiben lassen, an was wir forschen und an was nicht. US-Kollegen haben die Inhalte ihrer Server nach Kanada transferiert, aus Sorge, ihre Forschungsergebnisse könnten gelöscht werden. Das ist ein unglaublicher Vorgang.

Was wollen Sie mit dem March for Science erreichen?

Wir wollen demonstrieren, wie wichtig die Freiheit der Wissenschaft für eine Gesellschaft ist. Was zum Beispiel alles im Smartphone steckt, entstand, weil Wissenschaftler darüber nachdachten, wie Atome funktionieren. Sie entdeckten, dass unsere klassische Vorstellung von der Wechselwirkung zwischen Licht und Materie die Natur nicht richtig beschreiben kann, und entwickelten so die Quantenmechanik. Das sind Früchte einer Entwicklung, an deren Anfang sich Wissenschaftler selbst zweckfrei ein Thema gesucht haben.

Aber steuert die Politik durch die Forschungsförderung nicht auch bei uns in gewissen Maßen die Richtung, in die geforscht wird?

Selbstverständlich gibt es vordringliche gesellschaftsrelevante Fragestellungen, wie Altersdemenz, die globale Verfügbarkeit von Trinkwasser oder Sicherheit, die bestmögliche Wis-

senschaft brauchen. Daneben ist aber die freie, rein wissenschaftsgeleitete Forschung ebenfalls wichtig, um zu wirklich neuen, bisher unbekanntem Horizonten zu gelangen. Wissenschaftler sollten selbst in der Diskussion mit der Gesellschaft beurteilen, was relevant ist und was Scharlatanerie.

Was sagen Sie zu dem Vorwurf, dass Wissenschaftler zu sehr um ihre eigenen Interessen kreisen?

Wir müssen besser erklären, was der Nutzen der Wissenschaft für die Gesellschaft ist. Das ist wahnsinnig wichtig, damit wir nicht in das gleiche Dilemma hineinlaufen wie die Politiker, die nach dem Fall des Eisernen Vorhangs die Demokratie als Selbstverständlichkeit genommen haben. Nun haben wir diesen um sich greifenden Populismus.

...

Im Artikel 5 Ziffer 3 steht im Grundgesetz:

Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Das hört sich gut an, ist es das auch? Bei dieser Freiheit muss man doch fragen: Frei wovon, wofür und zu wessen Lasten oder Nutzen? Und ist die Treue zur Verfassung nicht eine Einschränkung der Freiheit der Lehre, denn die Forschung kann doch ergeben, dass die Verfassung nicht rechtens oder optimal ist. Wenn die Treue Verfassung bedeutet, dass man die Schwächen der gültigen Verfassung nicht mehr zum Gegenstand der Lehre machen darf, bedeutet das logischerweise, dass die Lehre nicht mehr frei ist. In einem bekannten Volkslied heißt die erste Strophe, die auch zu einem geflügelten Wort geworden ist:

Die Gedanken sind frei,
wer kann sie erraten,
sie fliehen vorbei,
wie nächtliche Schatten.
Kein Mensch kann sie wissen,
kein Jäger erschießen.
Es bleibet dabei:
Die Gedanken sind frei.

Die Erläuterungen zur Geschichte des Liedes und dem Anliegen, das es zum Ausdruck bringt, sind lesenswert: http://www.lieder-archiv.de/die_gedanken_sind_frei-notenblatt_300470.html

Den Schutzraum des Denkens, der in dem Lied besungen wird, braucht der Mensch für sein denkendes Ich, denn nicht alles ist so reif zu Ende gedacht, dass es ausgesprochen werden kann. Aber manchmal kann ein Gedanke auch erst zu Ende gedacht werden, wenn unreif oder unüberlegt den Kopf verlassen hat und seine Mängel sicht- oder hörbar werden. Eine Gruppe – in der das Vertrauen zu Hause ist – oder eine Gesellschaft, die sich der Freiheit verpflichtet fühlt, erträgt mehr unreife und unangepasste Gedanken als eine dogmatische

Gruppe oder eine unfreie Gesellschaft wie jene, zu der sich die Türkei von heute entwickelt.

Diesen Schutzraum des Denkens teilen Wissenschaftler mit allen Mitgliedern einer Gesellschaft. Der Vers des Liedes beschreibt aber nicht den Freiheitsraum der Wissenschaft. Und wie sieht der Freiraum aus, den der Wissenschaftler benötigt? Und wie frei ist er heute und wie frei war er gestern bei uns und in anders gestalteten Gesellschaften? Wenn das Forschen des Wissenschaftlers keine Auswirkungen auf andere Menschen hat und er für sein Forschen auch nicht vom Steuerzahler oder steuerbegünstigten Stiftungen dafür bezahlt wird, dann brauchen wir uns darüber nicht große Gedanken machen. Aber es gibt wohl aus allen Fachgebieten fast keine wissenschaftlichen Ergebnisse, die sich nicht nur für sondern auch von Menschen – die durch Amt oder Vermögen Macht haben - gegen Menschen ohne Macht oder ohne Durchblick eingesetzt werden oder werden können. Ich sitze hier als positives Ergebnis von wissenschaftlicher Forschung. Ich würde mit großer Wahrscheinlichkeit unter der Erde liegen und nicht an diesem Text schreiben, wenn nicht vor rund 11 Jahre meinem Herzen mit dem Einbau von Bypassen das Weiterschlagen ermöglicht worden wäre. Ein Gegenbeispiel, was mir spontan eingefallen ist, ist der Krieg in Syrien. Der würde so ohne die Forschungserfolge der Naturwissenschaften in dieser Form – den wir gottlob nur aus den Medien kennen – nicht stattfinden. Mir ist eine dünne Broschüre aus den fünfziger Jahren wieder eingefallen. Ihr Titel lautet *Mißdeutete und mißbrauchte Wissenschaft* Eine Auseinandersetzung mit *Pascual Jordan*.¹⁶ Die Schrift wurde vom Arbeitskreis für angewandte Anthropologie e.V. in Göttingen herausgegeben. Der Verfasser heißt *Fritz Katz*. Er war meiner Erinnerung nach ein Dr. der Medizin. Katz setzt sich mit einer Broschüre von Jordan auseinander. Ich zitiere aus der Broschüre von Katz:

Solange Jordan „bei seinem Leisten“, also bei der Physik bleibt, wird man ihm bereitwillig und interessiert folgen. Das gilt im wesentlichen für die ersten Aufsätze, die keinesfalls dazu verleiten können, seine wissenschaftliche Autorität als Physiker anzutasten. Mit der darin nach seinen Worten zum Ausdruck kommenden „antiphilosophischen Revolution“ mögen sich berufene Philosophen auseinandersetzen. Bemerkenswert sei lediglich, daß Jordan seinen Angriff vornehmlich gegen die Metaphysik richtet, während er auf die Ethik völlig verzichtet, dagegen von der Logik ausgiebigen, wenn auch nicht immer überzeugenden Gebrauch macht.

Im dritten Aufsatz läßt sich Jordan durch ein unveröffentlichtes Manuskript „Fuga humana“ eines Ungenannten nachdenklich stimmen, in welchem drohendes Atomunheil darauf zurückgeführt wird, daß die Wissenschaft früher sorgfältig gehütetes Priestergeheimnis gewesen, heute aber der Ausnutzung bedenkenloser Geschäftemacher oder machtgieriger Politiker überlassen sei. „Nur ein höchster priesterlicher Orden hätte die Atomgeheimnisse in der ganzen Furchtbarkeit ihrer Möglichkeiten tragen

¹⁶ https://de.wikipedia.org/wiki/Pascual_Jordan

und zum Wohle der Menschheit verwalten können.“ Diese Auffassung findet er bestätigt durch die Meinung Dessauers, daß die Loslösung naturwissenschaftlicher Forschung von der Kirche seit Galilei sich als eigentliche Wurzel weltumspannenden Unheils darstelle. Man kann nicht sagen, daß dieser spekulative geistesgeschichtliche Rückgriff auf das Altertum bzw. Mittelalter einen Beitrag zur Aufhellung oder gar Bewältigung der gegenwärtigen Situation darstelle. Bleibt dabei doch die Frage offen, ob denn Wissensmacht nur für Politiker und Wirtschaftler eine Verführung bedeuten könne. Läßt sich etwa aus der Geschichte ableiten, daß Priester gegen solche Versuchung gefeit seien? Hat vor der Säkularisierung der Wissenschaft und der Wissensmacht die Kirche die damit verbundene Verantwortlichkeit besser zu wahren gewußt? Beispielsweise wird die Erfindung des Schießpulvers dem Mönch Berthold Schwarz zugeschrieben. Nehmen wir einmal diese Darstellung als historisch richtig an, so darf man fragen, ob denn der Kirche eine Verhinderung des mit dieser Erfindung verknüpften Unheils zugetraut und zugemutet werden konnte.

Doch diese Frage erscheint fast nebensächlich gegenüber dem, was uns im nächsten Kapitel erwartet. Merkwürdig ressentimentgeladen spricht hier Jordan von den „Jammerpropheten“, die das „Märchen“ von der drohenden Übervölkerung der Erde erzählen. Es wirkt ausgesprochen peinlich, mit welcher Oberflächlichkeit hier ein angesehener Wissenschaftler das neben der Atomdrohung brennendste Gegenwartsproblem abtut bzw. theoretisch „löst“. Die Verzeichnung bzw. mangelnde Charakterisierung der Situation wird dadurch möglich, daß Jordan die tatsächlichen Gegebenheiten überhaupt nicht berücksichtigt.

Aus dem bisher Gesagten kann schon geschlossen werden, dass der Satz *„Wir können uns nicht von Politikern vorschreiben lassen, an was wir forschen und an was nicht.“* einigermaßen naiv ist. Wenn ein Parlament Gelder für die Forschung bewilligt, wäre es eine Verletzung ihrer Pflichten, wenn sie nicht fragen würden, an was und für wen geforscht werden soll. Und wenn Unternehmen oder Stiftungen Gelder für die Forschung bewilligen, sind damit auch allgemeine oder spezielle Interessen verbunden. Es kann auch nicht sein, dass die Wissenschaftler analog zum bedingungslosen Grundeinkommen für alle ein bedingungsloses Wissenschaftseinkommen erhalten. Ich denke, schon der Beamtenstatus von Wissenschaftlern verträgt sich nicht mit der Freiheit der Wissenschaft. Zur Freiheit der Wissenschaft würde ja auch ein freier Zugang zur Wissenschaft als Institution gehören. Der Zugang ist aber so stark reglementiert, dass er alles andere als frei genannt wird. Die Studiengänge unterliegen starken staatlichen Einflüssen – wenn nicht Vorgaben –, dass auch sie nicht frei genannt werden können. Und wenn man bedenkt, dass die Finanzierung der Kosten der Wissenschaften oft von Menschen mit Tätigkeiten erarbeitet werden müssen, die ihren Geist tötet und dann als Belohnung in den Preisen für die Güter noch überhöhte Preise zahlen müssen, weil das Wissen, was sie unfreiwillig gefördert haben, oft zu Patenten führt, die dann ein künstliches Monopol haben.

Ja, die Wissenschaften müssen frei sein, aber nicht ohne Antworten auf die Fragen für wen und wozu. Auch hier ist es keine gute Idee, den Aufwand und den Ertrag völlig zu entkoppeln. Und die weitere Frage ist, ob die Wissenschaft von der Wissenschaft als Kontrollin-

stanz eingesetzt werden kann, die ständig von den positiven und negativen Entwicklungen in der Forschung und Lehre, von ihrer Nutzenanwendung und ihrem Missbrauch – von innen und außen - der Öffentlichkeit berichtet. So richtig es mir scheint, dass die Wissenschaft ohne Freiheit bestenfalls zu weiteren Tötungsmaschinen und Herrschaftsinstrumenten führt, so naiv erscheint es mir auch, der Wissenschaft die nötige Freiheit blind anzuvertrauen.

Aber den eigentliche Anlass dafür, dass ich mich mit der Wissenschaft hier auseinander gesetzt habe, habe ich noch gar nicht benannt. Nach meiner Einsicht - und die habe ich in > Quellen und Reflexionen < (Text 14.02) begründet – ist der Zusammenbruch der Weimarer Republik, der Untergang der Humanität durch die Herrschaft des Nationalsozialismus und der Hunger, die Kriege nach 1945, und die Flucht und Vertreibung in den letzten Jahrzehnten im wesentlichen auf das Versagen der Wirtschaftswissenschaften im engeren Sinne und auf das Versagen der Gesellschaftswissenschaften im weiteren Sinne zurückzuführen. Da ich keinen Verschwörungstheorien anhängen, habe ich keine Antwort darauf, warum das so ist. Ich kann nur vermuten, dass ihr Versagen in ihrer fehlerhaften Verfassung liegt, denn wenn verschiedene Lehrmeinungen, die sich gegenseitig ausschließen, gelehrt werden können, ohne dass ein Druck entsteht, der zur Auflösung der Widersprüche führt und auch keine Konsequenzen für das Einkommen der Wissenschaftler hat, dann ist da etwas faul. Wenn das nur ein Problem der Professoren wäre, könnte man als normalen Reibungsverlust, der auch in Gesellschaften entsteht, hinnehmen. Das ist aber nicht so. Das, was in den Hochschulen gelehrt wird, wird von den Absolventen hinterher in den Verwaltungen, den Unternehmen und in der Politik angewendet. Und da das zu keinem guten Ende führt, urteile ich: Das Studium der Wirtschaftswissenschaften ist unter den heutigen Bedingungen schlimmer, als die Unterweisung von Hasspredigern. Und zwar aus dem Grund, weil die Wirtschaftswissenschaftler einen größeren Einfluss auf die Quellen von Unzufriedenheit bis hin zum Terrorismus haben als die Hassprediger. Abstellen kann man diesen Missstand nicht durch gute Worte, daher mein Vorschlag, die finanziellen Zuwendungen für die Wirtschaftswissenschaften drastisch kürzen, dass wir die Karrieristen vertreiben und die Forscher aus Leidenschaft veranlassen ihre Meinungsburgen zu verlassen, um dieser Wissenschaft neuen Glanz und neue Bedeutung zu erarbeiten. Ich kopiere noch Links zu früheren Texten von mir ein, die meine Haltung und mein Anliegen weiter verdeutlichen können. TA

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/2.0%20ddw%20Gruene%201980%20neu%2012.%202003.pdf>
Der Dritte Weg / programmatischer Beitrag / — ein programmatischer Beitrag für die grüne Bewe-

gung — erstellt zum Programmkongreß der GRÜNEN im März 1980 in Saarbrücken

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/6.1%20Darauf%20kommt%20es%20an%21%20HT.pdf>

Darauf kommt es an! Gedanken eines Bürgers aus der Mängel-Demokratie BRD für die Bürgerinnen und Bürger der Entwicklungsdemokratie DDR / gegen die strukturelle Ausbeutung und Unterdrückung / für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus (dazu gehören weitere Texte / Dateien)

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/9.0%20Die%20Verfassungs-Piraten.pdf>

Die Verfassungspiraten (plus Text 9.1 / Korrespondenz)

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/10.0%20Verfassungsbeschwerde.pdf>

Verfassungsbeschwerde (plus Text 10.1 / Korrespondenz)

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/11.0%20Gebt%20die%20Rolle%20der%20Verfassungspiraten%20auf.pdf>

Gebt die Rolle der Verfassungspiraten auf (plus + Text 11.1 / Korrespondenz)

Nachträge:

I. Die HAZ vom 29. 4. 2017 titelt ein Interview von Wolfgang Büchner und Dieter Wonka mit der **Bundeskanzlerin Angela Merkel** mit dem Zitat „**Wir Deutschen können stolz sein**“! Ich schätze unsere Bundeskanzlerin und habe großen Respekt vor ihrem Einsatz. Sie ist eine starke Frau, die den Bundestag schwach aussehen lässt. Und sie ist wie ihre Vorgänger für mich ein Symbol für die verpassten Chancen Deutschlands. Ich will hier nur auf ein Wort eingehen, das sie nicht nur in dem Interview verwendet und lautet: **Staatsräson**.

Da es in meinem Urteil über unserer Republik neben der Ökonomie um das demokratische System geht, mache ich noch eine kurze Anmerkung zu dem Begriff **Staatsräson**. Ich urteile: Wer diesen Begriff benutzt, um bestimmte Themen oder Tatbestände davor zu schützen, dass sie Gegenstand von Erörterungen ihrer Nützlichkeit sind oder von politischen Entscheidungen werden, hat ein gestörtes Verhältnis zur Demokratie, denn der Begriff leugnet in der Konsequenz die Priorität des Volkswillens. Außerdem verrät der Benutzer des Wortes ein Staatsverständnis, das bei uns auch im Kaiser- und „Drittem Reich“ zu Hause war. Abgesehen von den Menschenrechten als überpositives oder Naturrecht, die nicht allen bewusst sein müssen, nicht gewährt und beschlossen und nicht genommen, sondern nur vorenthalten werden oder durch ein Gremium wie die UNO sichtbar gemacht werden können, kann es logischerweise in einer Demokratie so etwas wie die Staatsräson nicht geben, das über den Willen des Volkes steht. Folglich kann eine Staatsräson keinen Sachverhalt vor den Einwirkungen des Volkswillens schützen. Links zum Thema:

<https://de.wiktionary.org/wiki/Staatsr%C3%A4son>

http://zentrum.virtuos.uos.de/wikifarm/fields/ikfn_oberhofprediger/field.php/Glossar/Staatsraeson

<https://de.wikipedia.org/wiki/Staatsr%C3%A4son>

II. Ich erhielt am 29. April über eine E-Mail-Liste folgendes E-Mail:

Liebe Freunde,
einen bemerkenswerten Artikel gab es gestern in der WELT:

<https://www.welt.de/finanzen/article164119567/Darum-ruettelt-die-Bundesbank-jetzt-an-unserem-Geldsystem.html>

Darin wird zwar lang und breit auf die Geldschöpfung der Geschäftsbanken eingegangen und das Vollgeld und warum sie nach Meinung der Zentral-

bänker keine Lösung darstellt, aber dazu hat man eine Grafik gestellt, die das genaue Gegenteil aussagt. Das ist nämlich eine, die so auf Helmut Creutz zurückgeht. (Was auch erwähnt wird). Aus dieser Grafik die Geldschöpfung der Geschäftsbanken herauszulesen, verlangt schon einige Kreativität.

Man sieht daran, dass sich die Journalisten erst noch in die Materie einarbeiten müssen. Aber die Überschrift ist schon mal vielversprechend.

Herzliche Grüße Andreas Bagemann

Bagemann ist Redakteur der Zeitschrift „HUMANE WIRTSCHAFT“. Ob der Artikel in der WELT ein weiteres Zeichen des Wandels in der allgemeinen Berichterstattung der Medien ist, muss abgewartet werden. Ohne die Konkurrenz des Internets wäre der Wandel nicht eingetreten. Wie schwierig in Bezug auf das Erkennen die Lage der Berichtersteller ist, zeigt die Auswahl der Grafik von Helmut Creutz in dem WELT-Artikel. Die Grafik wird benutzt als Untermauerung von Aussagen die Creutz verneint. Trotzdem ist der Artikel ein Anfang von Entkrampfungen in der ökonomischen Berichterstattung.

III. Anselm Rapp aus München (www.nwo.de) der eine E-Mail-Liste betreut, an der ich beteiligt bin, sandte am 29. April ebenfalls ein Mail, um ein Fehler im System ausfindig zu machen. Da nicht irgend einen Text ohne Inhalt verschicken wollte, kam er auf die Idee, aus den von Friedrich Salzman¹⁷ gesammelten Gedanken von Silvio Gesell, die Salzman unter dem Titel „An die Überlebenden“ 1945 in Bern veröffentlicht hat und die 1948 in Deutschland in einem anderen Verlag erschienen sind Zitate in sein Test-Text zu kopieren. Die Auswahl, die Anselm Rapp gewählt hat, geben meines Erachtens wieder, dass nicht alle im ersten Drittel des vorigen Jahrhunderts gegenüber der damaligen Entwicklung blind waren. Die Gesell-Zitate überschneiden sich zum Teil mit jenen, die ich in der Datei „Quellen und Reflexionen“ im Zusammenhang mit den Zitaten aus der Broschüre „Gegen den Strom“ in der Hans Schumann aus seiner Zeit in der SPD vor der Nazizeit berichtet, gebracht habe, das schätze ich aber nicht als überflüssig ein.¹⁸

Silvio Gesell:

1917:

Ihr werdet schon sehen, was aus einer Demokratie wird, wenn die Majorität, wie es bei uns der Fall ist, sich von den Phrasenhelden in Staatsangelegenheiten leiten läßt. Die Demokratie ist kein billiger Basarartikel, sie kann nur dann ein Staatswesen zur Blüte bringen, wenn sich das ganze Volk der Mühe unterzieht, die Staatsangelegenheiten gründlich zu studieren. Und diese Arbeit wollen sie sich sparen; sie sitzen lieber im Wirtshaus und ziehen die alkoholische Lösung jeder gründlichen Analyse vor.

1918:

Trotz dem heiligen Versprechen der Völker, den Krieg für alle Zeiten zu ächten, trotz dem Ruf der Millionen: „Nie wieder Krieg“, entgegen all den Hoffnungen auf eine schönere Zukunft muß ich es sagen: Wenn das heutige Geldsystem, die Zinswirtschaft beibehalten wird, so wage ich es, heute schon zu behaupten, daß es keine 25 Jahre dauern wird, bis wir vor einem neuen, noch furchtbareren Krieg stehen. Ich sehe die kommende Entwicklung klar vor mir. Der heutige Stand der Technik läßt die Wirtschaft rasch zu einer Höchstleistung steigern. Die Kapitalbildung wird trotz den großen Kriegsverlusten rasch erfolgen

¹⁷ https://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_Salzman / <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D6569.php>

¹⁸ Wenn die Zitate von Schumann nicht im Inhaltsverzeichnis erscheinen, kann er mit der PDF-Suchfunktion gefunden werden.

und durch ein Überangebot den Zins drücken. Das Geld wird dann gehamstert werden. Der Wirtschaftsraum wird einschrumpfen und große Heere von Arbeitslosen werden auf der Straße stehen. An vielen Grenzpfählen wird man dann eine Tafel mit der Aufschrift lesen können: „Arbeitsuchende haben keinen Zutritt ins Land, nur die Faulenzer mit vollgestopftem Geldbeutel sind willkommen.“ Wie zu alten Zeiten wird man dann nach dem Länderraub trachten und wird dazu wieder Kanonen fabrizieren müssen, man hat dann wenigstens für die Arbeitslosen wieder Arbeit. In den unzufriedenen Massen werden wilde, revolutionäre Strömungen wach werden, und auch die Giftpflanze Übernationalismus wird wieder wuchern. Kein Land wird das andere mehr verstehen, und das Ende kann nur wieder Krieg sein.

1921:

Alles was durch den Krieg entsteht, ist von Kriegsgeist durchseucht und muß darum an diesem Geiste zugrunde gehen. Auch der aus dem Krieg hervorgegangene Völkerbund wird vergehen. Diese Frucht des Krieges ist schon faul oder wird in der Untätigkeit verwesen.

Die Deflation, die den Schwindel der Inflation nach der andern Seite hin fortsetzt, ist der gerade Weg zum Weltbolschewismus. Lenin kennt das Geldwesen und die ihm innewohnenden hemmenden und fördernden Kräfte nicht, sonst würde er sich allein auf die Deflation konzentrieren und die Entwicklung der Dinge abwarten.

1922:

Deutschland, England, Frankreich, Italien haben den Kommunismus noch vor sich. Die Russen haben ihn hinter sich. Die Zerstörungen durch den Krieg und die Revolution haben das Herz des russischen Reiches, die Landwirtschaft, kaum berührt, und der Schaden, der hier entstanden ist, den wird der Sturz des Zarismus hundertmal ausgleichen.

1923:

Die Schwäche der Kaiser im Mittelalter brachte die Auflösung des Reiches. Die Kraftlosigkeit der Demokratie wird auch die Republik auflösen.

Nichts ist geschehen, was eine dauernde Besserung der Lage bringen könnte. Bis dahin hatte die sozialdemokratische Hoffnung ihre bändigenden Kräfte ausüben können, und auch die Träume der Kommunisten lenkten den Blick ab von der Not. Das ist heute nicht mehr. An die Stelle der Hoffnung ist die durch den Zusammenbruch der Sozialdemokratie und des Kommunismus hervorgerufene Verdrossenheit getreten, die sich in Verzweiflungstaten umsetzen wird, wenn die Demokratie sich unfähig erweist, für das nötige Brot zu sorgen, und bei der Vorbereitung für diese Verzweiflungstaten werden sich die Proletarierinnen der Zeiten erinnern, wo sie in den Munitionsfabriken arbeiteten, und ihre dort erworbenen Kenntnisse werden sie verwerten wollen. Wir haben ganz besondere Gründe, um uns um die soziale Frage zu kümmern.

1927:

Auch ohne an die bisherigen Mißerfolge aller Revolutionen zu denken, hält es schwer zu glauben, daß auf dem Wege der revolutionären Kämpfe und Massengräber mehr als bloße Zerstörung des Bestehenden erreicht werden kann.

Friedrich Salzmann schrieb 1945 in seinen Vorbemerkungen:

... Ich habe das Buch unterteilt. An den Anfang stelle ich einige Sätze Silvio Gesells, die man heute endlich verstehen wird, nachdem man damals, als sie niedergeschrieben wurden, den Phantasten verlachte. Mit diesen Sätzen will ich zeigen, daß - wenn überhaupt ein «Toter» - so Silvio Gesell mit dem Anspruch, gehört zu werden, sich an die Ueberlebenden dieses Krieges wenden darf. ...